



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Werner Kalinka (CDU)

**und**

**Antwort**

**der Landesregierung - Ministerpräsidentin**

### **Verhältnis der Landesregierung zum Beamtenbund**

1. Wie bewertet die Landesregierung ihr derzeitiges Verhältnis zum Beamtenbund Schleswig-Holstein?

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren konstruktiv mit dem DBB zusammengearbeitet. Zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, den Berufsverbänden und der Landesregierung sind bereits 28 Vereinbarungen nach § 59 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (MBG Schl.-H.) erfolgreich abgeschlossen worden. Der Grundsatz eines vertrauensvollen Dialogs ist besonders durch den Abschluss der Vereinbarung „Verhandeln statt Verordnen“ deutlich geworden. Schleswig-Holstein war mit dieser Vereinbarung Vorreiter im ganzen Bundesgebiet. Entsprechend der in der Vereinbarung festgelegten Grundsätze für einen vertrauensvollen Dialog haben Mitglieder der Landesregierung den DBB am 14. Juni 2001 unmittelbar nach den Beschlüssen der Eckwerteklausur des Kabinetts über die Maßnahmen im Bereich Personal unterrichtet. Darüber hinaus findet unter der Federführung des Innenministeriums ein regelmäßiger Meinungsaustausch mit dem DBB zu dienstrechtlichen Fragen statt. Die letzte Gesprächsrunde wurde am 7. Juni 2001 durchgeführt.

Die Landesregierung steht weiterhin unverändert zu den in der Vereinbarung „Ver-

handeln statt Verordnen“ eingegangenen Verpflichtungen. Die Landesregierung hat nicht zu vertreten, dass sich der Beamtenbund Schleswig-Holstein zeitweise aus den Verhandlungen nach § 59 MBG Schl.-H. zurückgezogen hatte. Sie hat sich im Gegenteil über die bestehende vertragliche Verpflichtung hinaus bemüht, den Dialog trotzdem weiterzuführen. Allein in der Staatskanzlei sind mehrere Gespräche mit dem Landesbundvorsitzenden geführt worden. Außerdem wurde dem Beamtenbund Schleswig-Holstein - trotz des seinerseits erklärten Ausstiegs aus den 59er-Verhandlungen - angeboten, an den laufenden Verhandlungen als Beobachter teilzunehmen. Inzwischen ist der Beamtenbund Schleswig-Holstein wieder in die Verhandlungen eingetreten.

2. Hält die Landesregierung es für angeraten, das Verhältnis zu verbessern?

Die Landesregierung geht von der Fortsetzung des konstruktiven Dialogs mit dem DBB in der in den vergangenen Jahren bewährten Form aus.

3. Was will die Landesregierung dafür tun, welche Schritte/Maßnahmen beabsichtigt sie?

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 2.